

Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jörn König, Mariana Iris Harder-Kühnel und der
Fraktion der AfD
– Drucksache 20/194 –**

Erhöhung der Prämien für Olympiasieger, Paralympicssieger, Medaillengewinner und Platzierte ab den Olympischen und Paralympischen Sommer- und Winterspielen Peking 2022 und Paris 2024

A. Problem

Für Erfolge bei Olympischen und Paralympischen Spielen erhalten deutsche Sportlerinnen und Sportler eine Prämie der Stiftung Deutsche Sporthilfe. Diese beträgt für eine Goldmedaille 20.000 Euro, für eine Silbermedaille 15.000 Euro und für eine Bronzemedaille 10.000 Euro. Bei Olympischen Spielen werden auch die Plätze vier bis acht mit mindestens 1.500 Euro honoriert. Die den Antrag einbringende Fraktion der AfD stellt fest, dass Deutschland mit diesen Summen im internationalen Vergleich im unteren Bereich liege, zudem handele es sich um zu versteuernde Bruttosummen. Eine Erhöhung der Prämien sei daher ebenso nötig wie eine Änderung des Einkommensteuergesetzes (EStG).

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die den Antrag einbringende Fraktion der AfD beziffert die notwendigen Mittel ausgehend von den Medaillenspiegeln der Olympischen und Paralympischen Spiele Pyeongchang 2018 und Tokio 2021 auf 7,5 Mio. Euro.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/194 abzulehnen.

Berlin, den 26. Januar 2022

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Philip Krämer, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf der **Drucksache 20/194** in seiner 6. Sitzung am 9. Dezember 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag einbringende Fraktion der AfD fordert eine Erhöhung der Leistungsprämien für deutsche Teilnehmende an Olympischen und Paralympischen Spielen. Im Einzelnen sollen ab den Olympischen und Paralympischen Winterspielen in Peking 2022 sowie den Olympischen und Paralympischen Sommerspielen in Paris 2024 für Erfolge bei Olympischen und Paralympischen Spielen folgende Prämien ausgezahlt werden: Goldmedaille (100.000 Euro), Silbermedaille (75.000 Euro) und Bronzemedaille (50.000 Euro). Bei Olympischen Spielen sollen darüber hinaus ebenfalls Prämien für den 4. Platz (25.000 Euro), den 5. Platz (20.000 Euro), den 6. Platz (15.000 Euro), den 7. Platz (10.000 Euro) und den 8. Platz (7.500 Euro) gezahlt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Sporthilfe die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen und den § 3 EStG dahingehend zu ergänzen, dass die Prämien steuerfreie Leistungen i. S. d. § 3 EStG sind.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Drucksache 20/194 in seiner 2. Sitzung am 26. Januar 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Drucksache 20/194 in seiner 5. Sitzung am 26. Januar 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/194 in seiner 3. Sitzung am 26. Januar 2022 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der Sportausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/194 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass bei der finanziellen Förderung des deutschen Spitzensports eine einseitige Fokussierung auf Medaillengewinne bei Olympischen Spielen Fehlanreize setze und deutlich zu kurz greife. Um der gesellschaftlichen Bedeutung des Spitzensports gerecht zu werden, sei vielmehr entscheidend, die Athletinnen und Athleten während ihrer gesamten aktiven Laufbahn bestmöglich finanziell zu fördern und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die sportliche Erfolge bei Großereignissen überhaupt erst möglich machten. Die Förderung des Bundes gewährleiste bestmögliche Trainings- und Wettkampfbedingungen, nicht zuletzt durch die Sportförderstellen bei Bundespolizei, Zoll und Bundeswehr sowie die Bundesstützpunktstruktur und die Unterstützung bei der Finanzierung des Leistungssportpersonals. Dies umfasse selbstverständlich auch, Sportlerinnen und Sportler bei der Dualen Karriere und der Altersvorsorge zu unterstützen. Es bestehe daher kein Bedarf, von der bestehenden Praxis der Festlegung der Prämien durch die Stiftung Deutsche Sporthilfe abzuweichen. Für

eine Steuerbefreiung der Prämien bestehe zudem schon im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz kein Anlass. Vor diesem Hintergrund sei der Antrag der AfD abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass der Antrag der AfD abzulehnen sei. Generell seien zwar Maßnahmen zu begrüßen, die geeignet seien, die Anerkennung der Erfolge von Athleten bei Olympischen und Paralympischen Spielen zu stärken. Es sei allerdings dabei zu berücksichtigen, dass die beabsichtigten Maßnahmen mit Augenmaß ergriffen werden müssten. Dies gelte vor allem im Hinblick auf die Erhöhung finanzieller Leistungen. Die hier angestrebte Verfünffachung der Siegprämie eines Olympiasiegers erscheine vor diesem Hintergrund nicht ausgewogen. Dieser Vorschlag verkenne zudem, dass die finanzielle Situation der Olympiateilnehmer von extremen Unterschieden geprägt sei, was mit Blick auf weit überdurchschnittliche Einkünfte erzielende Athleten wie Fußballer der Bundesliga oder der Basketballer der nordamerikanischen NBA auf der Hand liege; eine Differenzierung nach der finanziellen Ausgangssituation der erfolgreichen Olympioniken böte sich daher an. Der vorgelegte Antrag übersehe zudem durch seine Bezugnahme auf vermeintlich großzügigere Regelungen in anderen Ländern wie beispielsweise Italien oder Griechenland, dass das bewährte System der Spitzensportförderung durch Bundeswehr, Bundespolizei und Zollverwaltung den Spitzensportlern eine finanzielle Absicherung biete, die in eine Gesamtbetrachtung der Unterstützung von erfolgreichen Olympiateilnehmern einfließen müsse. Die Forderung, die Prämien steuerfrei zu stellen, bedürfe darüber hinaus einer steuerrechtlichen Gesamtbetrachtung, ohne die systemgerechte Veränderungen nicht zu erreichen seien. Eine Reform des Prämiensystems könne politisch sicherlich debattiert werden; dies setze aber eine gründliche Analyse der Ausgangssituation ebenso voraus wie eine Beteiligung aller beteiligten Personen und Institutionen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf die ihrer Ansicht nach bereits angemessene Höhe des aktuellen Prämienkataloges. Mit der jahrzehntelangen und gut eingespielten Praxis der Stiftung Deutsche Sporthilfe, in der sich große Firmen mit finanziellen Beiträgen engagierten, sei man gut gefahren. Zumal neben den Prämien auch weitere Unterstützungsleistungen sowohl von der Sporthilfe als auch vom Staat bereitstünden. Eine Steuerbefreiung für Prämien lehne man darüber hinaus wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Steuerrecht ab.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass die geforderten Erhöhungen der Prämien für Sieger und Nachfolgeplätze Olympischer und Paralympischer Spiele in der Hinsicht nach Meinung der Freien Demokraten nicht den gesamtgesellschaftlichen Wert des Spitzensports unterstrichen. Im Zuge einer nachhaltigen und perspektivischen Aufwertung des Spitzensports müsse der Stellenwert der Sportlerinnen und Sportler nachhaltig verbessert werden, dabei könnten die Prämien aber nur ein Baustein sein. Aus diesem Grund lehne die Fraktion der FDP den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** hält eine deutliche Anhebung der Prämien für Olympia- und Paralympics-Sieger und -Medaillengewinner sowie die Sportler auf den Plätzen vier bis acht bei Olympischen Spielen für dringend geboten. Diese Prämien seien in Deutschland, im Vergleich mit anderen europäischen Ländern (Beispiele Olympiasieger Griechenland 190.000 Euro, Italien 150.000 Euro, Lettland 140.000 Euro), lächerlich gering. Das sei vor, während und nach den Olympischen Spielen in Tokio auch von mehreren Sportlern und auch von Trainern und Funktionären angesprochen worden. Dabei gehe es auch um eine gesellschaftliche Wertschätzung der Leistung der Sportler generell. Der Antrag habe das Ziel, dass die Prämien auf ein angemessenes Niveau angehoben würden. Die Prämien sollten neben Anreiz auch Anerkennung sein für jahrelange Arbeit, Entbehrungen und Nachteile, die die Sportler auf sich genommen hätten. Allein die Nachteile für die spätere berufliche Karriere der Sportler summieren sich (nur den finanziellen Bereich betrachtet) oft zu einem Betrag, der die im Antrag geforderte Olympiaprämie deutlich übersteige.

Die **Fraktion DIE LINKE** verwies darauf, dass seit den Winterspielen 2014 Prämien für Medaillengewinnerinnen und -gewinner bei Olympischen Spielen und bei den Paralympics in gleicher Höhe gezahlt würden – dafür habe auch DIE LINKE viele Jahre immer wieder beharrlich gekämpft. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE seien neben der Prämien für Medaillen und Platzierungen eine angemessene finanzielle Absicherung der Sportlerinnen und Sportler während der aktiven Laufbahn, Unterstützungen für eine Duale Karriere sowie eine Altersvorsorge, bei der auch für die Zeit der aktiven Laufbahn entsprechende Rentenleistungen gewährt würden, wichtig. Dieses

gesamte Paket der Förderung von Spitzensportlerinnen und -sportlern müsse immer wieder hinsichtlich seiner Wirkungen auf den Prüfstand gestellt werden, anstatt mal auf die Schnelle die Prämienhöhe zu verfünffachen. Deswegen lehne Fraktion DIE LINKE. den Antrag ab.

Berlin, den 26. Januar 2022

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Philip Krämer
Berichterstatter

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

